



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 07.09.2022

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 14. September 2022, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS:

Es wird empfohlen, während der Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften über das gemeinsame Jahresgespräch und die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 29.06.2022

2. Ausstehende Punkte aus dem Jahresgespräch mit dem Arbeitskreis der Wiesbadener Behindertenorganisationen am 29.06.2022

2.1 22-A-79-0012 ANLAGE

Fußgänger-Mittelinsel über den 1. Ring am Hbf und barrierefreie Gestaltung der gesamten Anlage der Bussteige und Überwege am Hauptbahnhof
- Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 29.06.2022 (PN 0080) -

2.2 22-A-79-0013 ANLAGE

Signaltöne an der Querung 1. Ring verbessern
- Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 29.06.2022 (PN 0081) -

2.3 22-A-79-0014 ANLAGE

Bussteig A/Bus-Fahrplananzeige per Anforderungstaste einrichten
- Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 29.06.2022 (PN 0082) -

2.4 22-A-79-0015 ANLAGEN

Ausstattung aller Gleisanlagen mit Blindenleitsystem
- Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 29.06.2022 (PN 0083) -
- Bericht des Dezernates V vom 14.08.2022 -

2.5 22-A-79-0020 ANLAGE

E-Roller-Problematik
- Bericht des Dezernates V vom 14.08.2022 -

2.6 22-F-69-0033 ANLAGE

Barrierefreie Gestaltung häufig genutzter öffentlicher Wege und Plätze
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 22.06.2022 -
- Beschluss des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 29.06.2022 (BP 0093) -

3. Bericht zur Voruntersuchung zur Milieuschutzsatzung

4. 22-F-63-0025

ANLAGE

Sachstand der Digitalisierung in Wiesbadener Kitas

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 25.04.2022 -
- Bericht des Dezernates VI vom 13.07.2022 -

Hier: Bericht der Abteilung Kindertagesstätten zur Medienbildung in den Kitas

5. Vorstellung der Neukonzeption zum Tag der Jugend durch das Amt für Soziale Arbeit

6. 22-F-63-0064

Beratungsmöglichkeiten für wohnungslose Menschen in der LHW

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 27.07.2022 -

Wohnungslose Menschen leiden überproportional stark an psychischen Erkrankungen und unter Drogenabhängigkeit. Dabei ist wichtig, dass es ausreichend Beratungsstellen gibt, an die sich wohnungslose Menschen bei Bedarf wenden können. Welche Anbieter*innen und Institutionen es dafür in der Landeshauptstadt Wiesbaden gibt und wie die Auslastung bei diesen ist, soll in Erfahrung gebracht werden.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) zu berichten, welche Institutionen oder Anbieter*innen es für die Beratung von wohnungslosen Menschen (differenziert nach Geschlechtern) in Wiesbaden bei Drogenabhängigkeit gibt.
- 2) zu berichten, welche Institution oder Anbieter*innen es für die Beratung von wohnungslosen Menschen (differenziert nach Geschlechtern) in Wiesbaden bei psychischen Problemen gibt.
- 3) zu berichten, welche Möglichkeiten der aufsuchenden Sozialarbeit es für wohnungslose Menschen mit psychisch- sozialen Problemen und/oder Drogenabhängigkeit gibt.
- 4) zu berichten, wie die derzeitige Nachfrage und Auslastung bei den Institutionen und Anbieter*innen aus 1. und 2. ist (bitte aufschlüsseln nach Tätigkeitsfeldern).
- 5) zu berichten, wie sich die Corona-Pandemie auf die Nachfrage bei den Institutionen und Anbieter*innen bei 1. und 2. ausgewirkt hat.

7. 22-F-63-0067

Sachstand zur Vermittlung von arbeitslosen Jugendlichen und Erwachsenen mit besonderem Unterstützungsbedarf in Qualifizierungsmaßnahmen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.08.2022 -

Der SGB II-Bericht 2021 für Wiesbaden lässt erkennen, dass die Zahl der arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten - also derjenigen, die weniger als 15 Stunden pro Woche erwerbstätig sind und an keiner arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilnehmen - gegenüber dem Vorjahr erneut um 6,1 Prozent angestiegen ist. Bereits 2020 war deren Zahl gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent gestiegen. Zugleich berichten Träger im Bereich der beruflichen Integration für Jugendliche und Erwachsene von bleibenden Schwierigkeiten, ihre Maßnahmenprogramme zu besetzen.

Die coronabedingten Einschränkungen der letzten Jahre spielen für den Einbruch sicherlich eine entscheidende Rolle. Allerdings stellt sich dann heute umso mehr die Frage, wie damit umzugehen ist und welche möglicherweise angepassten Strategien nötig sind, um die gewachsene Zahl an Menschen noch zu erreichen. Insbesondere Wiesbaden muss sich diese Frage stellen, weil hier die Arbeitslosenquote 8 Prozent, vgl. Stat. JB Wiesbaden 2021) und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeitsquote (8,9 Prozent) nach wie vor deutlich höher ist als in Nachbarkommunen wie Frankfurt (7,5 bzw. 7,8 Prozent), Darmstadt (6,9 bzw. 6,7 Prozent) und Mainz (6,5 bzw. 5,5 Prozent). Nur Offenbach (10,8 bzw. 10,6 Prozent) schneidet noch schlechter ab als die Landeshauptstadt.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie viele Plätze für eine begleitete/außerbetriebliche berufliche Qualifikation (Ausbildung und andere Maßnahmen, Rechtskreise SGB II und VIII) sind in Wiesbaden vorhanden und wie ist die jeweilige Belegungsquote in den Jahren 2018 bis 2021 (falls vorliegend auch für 2022)? Wie verhält sich jeweils die Zahl der Arbeitslosen u25 und ü25 dazu?
2. Wie viele Leistungsberechtigte unter 25 Jahren haben aktuell noch keine Ausbildungs- oder anderweitige Qualifizierungsmöglichkeit gefunden?
3. Wie ist die gesunkene Vermittlungsquote in Maßnahmen fachlich zu bewerten (differenziert nach u25/ü25) und welche Schlussfolgerungen sind daraus zu ziehen?
4. Durch den Fachkräftemangel gelangen heute offenbar auch Jugendliche in den Regelausbildungsmarkt, die früher als nicht ausreichend qualifiziert angesehen wurden. Welche Erkenntnisse liegen zur Erfolgsquote dieser Azubis vor und welche Konzepte gibt es, um sie im Falle von Schwierigkeiten zu unterstützen?
5. Welche Strategien sehen die fachlich Verantwortlichen in der Sozialverwaltung und im Jobcenter in Zusammenarbeit mit den Trägern heute,
 - (a) um arbeitslose Jugendliche, die keine ausreichenden Qualifikationen für den Regelausbildungsmarkt haben, zu erreichen und ihnen Ausbildungsangebote zu machen?

(b) um Einschränkungen bzw. das Aussetzen von Fördermaßnahmen und
Arbeitsmarktinstrumenten während der Corona-Pandemie der letzten zwei Jahren
zu kompensieren?

6. Mit der bevorstehenden Einführung des Bürgergeldes sollen Sanktionen wegfallen, und
damit zugleich individuelle Motivation und eine Beratung auf Augenhöhe an Bedeutung
gewinnen. Welche Kommunikationsstrategien werden entwickelt, um darauf zu reagieren?
Welche Schulungen und Fortbildungen sind dazu für die Beschäftigten in den Jobcentern
vorgesehen?

8. 22-A-79-0003

Sachstandsbericht zur Lage der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

9. 22-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

10. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 21-F-63-0072

DL 25/22-3

Haushaltsplan 2022/23 - Reduzierter Preis für die Kundenkarte/S und Mitnahmeregelung für
Kinder

- Antrag der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zur Sitzung des
Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 16.12.2021 - TOP 3 Haushaltsplan 2022/23 -
- Bericht des Dezernates V vom 18.08.2022 -

2. 22-F-63-0024

ANLAGE

Dusch- und Bademöglichkeiten für Wohnungslose schaffen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 04.05.2022 -
- Bericht des Dezernates VI vom 22.08.2022 -

3. 22-F-63-0027 ANLAGE

Wohnungslosenhilfe

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 04.05.2022 -
- Bericht des Dezernates VI vom 04.07.2022 -

4. 22-F-69-0029 ANLAGE

Eindeutige Beschilderung von Toiletten im öffentlichen Raum

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 03.05.2022 -
- Bericht des Dezernates IV vom 19.08.2022

5. 22-V-50-0007 DL 26/22-7

Wiesbadener SGB II Geschäfts- und Eingliederungsbericht 2021

6. 22-V-51-0005 DL 25/22-15

Wohnungsbauprogramm 2022 - Ausführungsvorlage

7. 22-V-51-0014 DL 25/22-16, 19/22-21

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Entwicklung der Wohngebiete "Bierstadt Nord" und "Oberlinstraße" in Bierstadt, Grundsatzvorlage zur Planung einer Kindertagesstätte durch die SEG

- Bericht des Dezernates VI vom 17.08.2022 an den Ortsbeirat Wiesbaden-Bierstadt -

8. 22-V-51-0029 DL 26/22-8

"Bericht Nachmittagsangebote Bildung, Erziehung und Betreuung für Grundschul Kinder - Schuljahr 2021/22" inkl. Bericht "Der Pakt für den Nachmittag im teilgebundenen Modell - Ergebnisse aus Ludwig-Beck-Schule, Wiesbaden 2021/22"

9. 22-V-51-0033 DL 25/22-17

Saturdays for Future - familienunterstützendes Lernangebot der Schulsozialarbeit

10. 22-V-51-0034

DL 25/22-18

Ausführungsvorlage Nr. 2 zum Grundsatzbeschluss "Umwandlung Betreuende Grundschulen in Schulsozialarbeit an Grundschulen"

11. 22-V-51-0036

DL 26/22-9

Bericht "Tagesbetreuung für Kinder 2021/2022"

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rutten
Vorsitzender